



gleichen erscheinen lassen. Den gleichen Zweck verfolgten auch die Firmungsreisen nach der Haftentlassung. Die Folgen dieser Handlungen waren denn auch, daß der Clerus den größten Widerstand an den Tag legte und sich nirgends fügte, daß die Geistlichkeit ohne Scheu gesetzwidrige Amtshandlungen vornahm, wie sie in größerer Zahl nirgends vorgekommen sind. So haben sich die Geistlichen vielfach ihrer staatsbürglerlichen Zeugenpflicht in hohener Weise entzogen. An all dem trage aber der Erzbischof die wesentlichste Schuld, indem er die Geschwörigkeiten duldet und bestärkt. Auch die Laien seien dazu veranlaßt worden, das Verhalten des Oberhirten als etwas Verdienstliches anzusehen, wie aus den Massendepositionen, welche den Charakter der gefährlichsten Demonstrationen an sich tragen, hervorgeht. Der Angeklagte hat durch seine staatsfeindliche Gesinnung nicht nur den Staat, sondern auch die eigene Kirche geschädigt. Durch den Mangel an Geistlichen sind die Gemeinden verwüst und der Seelenfrieden der Gläubigen gestört. Endlich habe aber auch der Erzbischof gegen den Homagialeid verstoßen. Es liegen somit alle Voraussetzungen des § 24 I. c. vor, und beantrage er, den Erzbischof Dr. Paulus Melchers für schuldig zu erklären, seine Amtspflichten so schwer verlebt zu haben, daß sein Verbleiben im Amte mit der öffentlichen Ordnung unverträglich erscheint, und ihn deshalb seines Amtes als Erzbischof von Köln zu entziehen. Der Gerichtshof ließ um 12 Uhr die anwesenden Zeitungsberichterstatter abtreten und verkündete um 1½ Uhr das Urteil. Dasselbe lautete auf Amtsentlassung und Tragung der Kosten. In der Begründung schloß der Gerichtshof sich durchweg der Auffassung des Oberstaatsanwalts Irrgahn an. (Magd. Btg.)

[Der Abgeordnete Windthorst (Meppen)] erhielt gestern früh von einem ihm gänzlich unbekannten Manne aus Görlitz ein Schreiben, in welchem ihm mitgetheilt wird, daß der der national-liberalen Fraction angehörige Abgeordnete, Kreis-Gerichts-Rath S., aus Seidenberg in einem Wahnsinnsanfall im Eisenbahnraus auf der Fahrt von Berlin nach Görlitz sich durch einen Messerstich in das Herz das Leben genommen habe. In den nächsten Kreisen des Kreisgerichts-Rath S. war von dessen Selbstmorde noch Nichts bekannt. Das Benehmen des Abgeordneten S. in letzter Zeit war indeß seinen näheren Bekannten sehr aufgefallen und ließ eine Geistesstörung vermuten. Wie wir hören, soll Herr S. vor mehreren Tagen Berlin verlassen und bei der Abreise seiner Witwe mitgetheilt haben, daß er in kurzer Zeit nach Berlin zurückkehren werde und daß sie sich inzwischen mit den ihm zukommenden Diensten bezahlt machen möge. Die Frau wandte sich auch an das Schriftführerkant des Abgeordnetenhauses, von welchem sie jedoch keine Zahlung empfangen konnte, da sie sich keine Liquidation von S. hatte geben lassen. Seitdem ist S. dem Gesichtskreis seiner Bekannten völlig entwunden. Von mehreren Seiten sind nun telegraphische Anfragen nach Seidenberg gerichtet worden, auf welche bis zum Schlus des Blattes eine Antwort noch nicht eingetroffen war. Kreis-Gerichts-Rath S., ein Mann im Ausgang der vierzig Jahren, war seit mehreren Jahren Witwer. In Abgeordnetentreffen erregt der Fall selbstredend besondere Sensation.

[Über die Veranlassung der Arbeit niedergeschlagen] Seitens der hiesigen Zeitungsschreiber u. s. w. enthält ein am gestrigen Tage veröffentlichter Aufruf der vereinigten Werk- und Zeitungsdrußereien und Zeitungsverleger in Berlin folgende thatsächliche Mittheilungen:

Im Jahre 1873 wurde in Leipzig ein allgemeiner Deutscher Buchdrucker-Tarif zwischen Principalität und Gehilfenschaft mit dreijähriger Dauer festgesetzt, und beiden Theilen eine Kündigung derselben zum 1. Juli 1876 vorbehalten.

In Anschluß an diesen Tarif wurden für Berlin Normativbestimmungen für den Zeitungstaz und ein Localzuschlag von 33½ Prozent vereinbart.

Diesen Bestimmungen sind die Principale nachgekommen; am 1. Januar d. J. erfolgte die Kündigung des Vertrages, und wurde im Mai in Leipzig ein anderer Deutscher Buchdrucker-Tarif zwischen Principalität und Gehilfenschaft vereinbart, derselbe ist von der Gesamtheit der deutschen Principale und Gehilfen durch eine Urabstimmung am 15. Juni genehmigt und tritt am 1. Juli in Kraft. In denselben ist es bei Zeitungen, welche mindestens drei Mal wöchentlich erscheinen, vorbehoben worden, den localen Verhältnissen entsprechende Vereinbarungen zu treffen, ebenso ist die Feststellung von Localzuschlägen der Vereinbarung der Gesamtheit der Principale und Gehilfen der betreffenden Orte vorbehalten. Sollte in Beziehung des Localzuschlags eine Einigung nicht erzielt werden, so bestimmt der neue Deutsche Buchdrucker-Tarif, daß das Einigungsamt der deutschen Buchdrucker (Anhang Nr. 8) darüber entscheiden soll.

Da schon die Einführung des neuen Tariffs zum 1. Juli erfolgen mußte, so wurden, um den gesetzlichen Vorschriften vollständig zu genügen, in fast allen hiesigen Buchdruckereien die Sätze zum 1. Juli formal mit dem Besmerken gekündigt, daß dieselben auf Grund des neuen Tarifs, und falls eine Einigung über die Berlin besonders angehenden oben erwähnten Fragen erzielt werde, wieder engagiert werden würden.

Es trat nun eine gemischte Commission von 16 Mitgliedern, zur Hälfte aus Arbeitgebern, zur Hälfte aus Arbeitnehmern bestehend, in Beratung, um eine Verständigung auf Grundlage der Bestimmungen des neuen Deutschen Buchdrucker-Tarifs zu ermöglichen.

Eine solche wurde fast in allen Punkten durch die Commission erzielt, indem die Vertreter der Zeitungen und Buchdruckereibesitzer in der Commission des Sezern Siegeständnisse machten, die weit über das empfangene Mandat hinaus gingen. Nur über zwei Punkte, die Berechnung der Course Notizen und Feststellung des Localzuschlages, in denen die Principalität nicht nachgeben konnte, wurde eine Verständigung nicht erzielt. In dieser Beziehung machten die Principale noch einen weiter gehenden Vermittlungsvorschlag, der in der gestrigen Versammlung der Gehilfen verworfen wurde.

In Folge dieses Beschlusses wurde den einzelnen Druckereibesitzern Seitens der Sezern heute Morgen ein Ultimatum gestellt, und als dasselbe von den Principalen mit dem Bemerkern zurückgewiesen wurde, daß sie sich in Einzel-Verhandlungen nicht einlassen könnten, diese mähten vielmehr durch die niedergelegte Commission geführt werden, ward von den Sezern sofort, unter Verleihung des beitreibenden Arbeitscontractes, die Arbeit eingestellt.

\*\* [Die Legung des Telegraphenkabels zwischen Berlin und Halle], 22 Meilen, welche am 13. März d. J. von Halle aus begonnen wurde, ist beendigt. Gestern geschah der letzte Spatenstich in der französischen Straße, und heute wurde das sogenannte Leitung enthaltende Kabel in das General-Telegraphengebäude eingeführt. Um 2 Uhr erfolgten im Beisein des Generalpostmeisters sowie des Directors des General-Telegraphen-Amts die ersten Berüchse im Sprechen mit Halle, welche ein bestreitendes Ergebnis liesen. Die erste, den Anforderungen der Zeitzeit entsprechende unterirdische Telegrafen-Linie im Reich ist somit hergestellt. Durch den Sturm in der Nacht vom 12. zum 13. März d. J. wurden 1073 Stangen zerbrochen, 9372 Stangen aus der normalen Stellung gedrückt bzw. umgeworfen, 1696 Streben und Unterfäule herausgehoben, die Leitungsträger an 1631 Stellen zerrißt und an 729 Stellen verschlungen. Zwei Fünftel aller Reichstelegraphenleitungen, nämlich 52,390 Kilometer waren zum Theil auf mehrere Tage außer Betrieb gestellt. Schon die nur provisorische Herstellung dieser Vernichtungen einer Nacht kostete 44,000 M.; und die indirekten Verluste für Handel und Gewerbe durch die Unterbrechung der wichtigsten Verbindungen waren unberechenbar. Diese Thatsachen sprechen deutlicher als alle Ausführungen für die Wichtigkeit der unterirdischen Anlagen. Wie wir hören, ist ein umfassender Plan in der Ausarbeitung begriffen, der seiner Zeit dem Bundeatal und dem Reichstage vorgelegt werden wird.

[S. M. S., „Luise“] ist nicht, wie früher angegeben, am 24., sondern neueren Nachrichten zufolge, bereits am 15. April cr. von Melbourne nach Sidney in See gegangen, traf derselbst am 18ten desselben Monats ein und beabsichtigte am 22. April den Hafen wieder zu verlassen. An Bord Alles wohl.

Hamburg, 28. Juni. [Der Senat] hat in einer Vorlage an die Bürgerschaft den Antrag gestellt, daß der durch das Volksaufgebot ohnehin als Festtag bereits anerkannte 2. September zum gesetzlichen Festtag erhoben werde.

Fulda, 28. Juni. [Ultramontane Spionage.] Die Zeitungen machen in jüngster Zeit viel Rumor von einer Art Geheimdelegaten, welcher den dem Vatican viel zu reichsfreundlich gesinnten Bischofsverweser Hahne auf Tritt und Schritt überwachte und über sein ganzes Gebahren nach Rom berichte. Ein Correspondent der „Magd. Btg.“ heilt nun seinem Blatte eine Thatsache mit, welche den Beweis liefert, daß es auch schon vor den Maigeschen dunkle Ehrenmänner gab, welche von Rom mit dem Amte der Spionage betraut gewesen sind. Der jetzt verstorbene Bischof Ch. Florentius

Kött galt als Dekan von Cassel für einen aufgeklärten, durchaus tolleranten Geistlichen, weshalb seine Wahl als Bischof von Fulda von allen aufgeklärten Katholiken und Protestanten mit Freuden begrüßt wurde. Als nun das Wahlresultat in der Domkirche verkündet wurde, stand ein Geistlicher unter der Kanzel, welcher fast laut auslachte. Es war dies ein gewisser S., alias das „Wunderkind“, welcher seine Bildung im Collegium germanicum zu Rom empfangen hatte und von einem Fanatismus beeilt war, welcher demjenigen des Conrad von Marburg fast gleich kam. Der fanatische Priester hatte aber nicht vergeblich gelacht, denn noch in der nämlichen Stunde ging ein Schreiben nach Rom ab, in welchem der neu gewählte Bischof als durchaus unwürdig zur Bekleidung dieses wichtigen Hirtenamtes geschillert wurde. Der Abseher erreichte auch wirklich anfangs seinen Zweck, indem der Papst die Sanctionierung dieser Wahl geraume Zeit verzögert haben soll. Was steht nun der neue Bischof-Candidat? — Er eilt, nachdem ihm Kunde davon geworden war, sofort in das Jesuiten-Collegium zu Münster, machte dort die geistlichen Exercitien, die sogenannten geistlichen Herbstanöver, in rigorosester Weise mit und insinuierte sich bei den Jesuiten dermaßen, daß diese die Bestätigung Kött's beim Vatican durchsetzen. Der neue Bischof zitterte aber nun dergestalt vor dem päpstlichen Geheimdelegaten, daß er sich ganz und gar an denselben hingab und bis zu dessen Tode ein willenloses Werkzeug in der Hand des jesuitischen „Wunderkindes“ wurde. Daher die total jesuitische Richtung, welche die ganze Periode seines Hirtenamtes kennzeichnete.

Darmstadt, 29. Juni. [elegat] erg Albrecht von Oesterreich ist, wie die „Darmstadt“ meldet, auf der Rückreise von Coblenz nach Wien eingetroffen und hat bei

e von Russland das Diner ein-

### T r e i b e r .

Paris, 28. Jun. [elegat] obende Conflicte. — Gehaltszulage für den Präsidenten an der Republik. — Protest der Frau Michelet. — Zur orientalischen Frage. — Thiers. — Personalien.] Die Stimmung der parlamentarischen Kreise bleibt eine ziemlich aufgeregte, und nach wie vor ist das Gemeindegebet der Gegenstand aller Gespräche. Die verschiedensten Gerüchte werden in Umlauf gebracht und die verschiedenen Mittel in Vorschlag gebracht, einen Conflict zwischen dem Ministerium und der republikanischen Mehrheit der Deputirtenkammer zu verhindern. Inzwischen geschieht weder im Senat noch in den Kammern das Geringste. Wie in der letzteren das Gemeindegesetz, so ist im Senat das Waddington'sche Gesetz der Zielpunkt aller Parteibestrebungen und Manöver. Die Opposition im Senat sucht begreiflicherweise aus den Misshandlungen der Mehrheit in der Kammer Vortheil zu ziehen und sie wird die Discussion des Waddington'schen Gesetzes so lange als möglich hinausschieben, wenn auch gegenwärtig nahezu feststeht, daß sie vor den Ferien gezwungen sein wird, in den sauren Apfel zu beißen. Auf der andern Seite haben die Republikaner viel darum, daß der Senat seine Discussion beendet hätte, ehe das Gemeindegesetz in der Kammer zur Debatte kommt, damit die dringendste Gefahr einer ministeriellen Krisis beseitigt werde. Das Ministerium ist also recht eigentlich zwischen zwei Feuer gerathen, und die Situation wird so unbehaglich, daß sie nicht lange mehr andauern kann. Zum großen Theil liegt die Schuld an der parlamentarischen Linken und ihren Blättern, welche nach und nach aus der Municipalangelegenheiten der Pfosten in gewissen bulgarischen Dörfern verblüht worden seien. Darauf sollen Greise, Frauen und Kinder hingefüllt, 100 Dörfer in Mittel-Bulgarien, die sich nicht an dem Aufstand beteiligt, verheert, in einem der selben 1500 Personen massacrit und in einem derselben Einwohner, welche die Waffen niedergelegt hatten, niedergemacht worden sein. Er begehrte, fuhr der Herzog dort, die „patriotische Zurückhaltung“, die jetzt mit Bezug auf den Stand der Angelegenheiten in der Türkei beobachtet werde, zu verleben, aber er wünsche zu wissen, ob der britische Botschafter in Konstantinopel einen Bericht über diese gräßlichen Megeleien erstattet hätte, und wenn nicht, ob der Minister für auswärtige Angelegenheiten Erduldungen über dem Gegenstand einziehen würde. Der Earl von Derby erwiderte, er habe in der „Daily News“ den sensationellen Bericht über die in Bulgarien angeblich verübten Megeleien und andern Gewaltacten gelesen, aber die Redactionen im Innern fänden es unmöglich, die Berichte ihrer Correspondenten im Auslande zu verificiren, und die Berichte, die er selber empfangen, stimmten mit den Angaben, auf welche der edle Herzog hingewiesen, nicht im Mindesten überein. Die Abwesenheit irgend einer amtlichen Bestätigung veranlaßte ihn zu argwohnen, daß die in Rede stehenden Darlegungen sehr übertrieben worden seien. Es sei wohl bekannt, daß Tocqueville und Vaschi-Vozulz zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung in Bulgarien verwendet worden seien. Ihren Majestät Regierung hätte Berichte über das übeln Verhalten dieser irregulären Truppen erhalten, und auf Grund von Berichten, welche dieserhalb Sir Henry Elliott, der britische Botschafter in Konstantinopel, der Porte gemacht, sei von der Verwendung cossackischer Truppen in Bulgarien sofort Abstand genommen worden. Ohne Zweifel seien einige Kreuze verblüht, Dörfer niedergebrannt und Gefangene niedergemacht worden, aber die Berichte, welche die Regierung empfangen, erwähnen keiner der in der „Daily News“ berichteten Gräueltaten. Er hoffe, daß Haus werde mit seinem Urtheile zurückhalten und nicht zu häufig den veröffentlichten Berichten Glauben schenken. Er erinnere sich lebhaft ähnlicher sensationeller Geschichten, die während des Aufstandes in Creta Tag für Tag in der Presse aufgetischt wurden und die sich später als gänzlich unbegründet erwiesen. Er werde indeß Erduldungen über den Gegenstand einziehen und deren Ergebnis dem Hause mittheilen.

A. A. C. London, 27. Juni. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] lenkte zuerst der Herzog von Argyll die Aufmerksamkeit der Peers auf einen kürzlich von einer Londoner Zeitung gebrachten umständlichen Bericht über Graumafteien, welche thels von Vaschi-Vozulz, thels von regulären Truppen der türkischen Regierung an christlichen Untertanen der Porte verblüht worden seien. Darauf sollen Greise, Frauen und Kinder hingefüllt, 100 Dörfer in Mittel-Bulgarien, die sich nicht an dem Aufstand beteiligt, verheert, in einem der selben 1500 Personen massacrit und in einem derselben Einwohner, welche die Waffen niedergelegt hatten, niedergemacht worden sein. Er begehrte, fuhr der Herzog dort, die „patriotische Zurückhaltung“, die jetzt mit Bezug auf den Stand der Angelegenheiten in der Türkei beobachtet werde, zu verleben, aber er wünsche zu wissen, ob der britische Botschafter in Konstantinopel einen Bericht über diese gräßlichen Megeleien erstattet hätte, und wenn nicht, ob der Minister für auswärtige Angelegenheiten Erduldungen über dem Gegenstand einziehen würde. Der Earl von Derby erwiderte, er hätte in der „Daily News“ den sensationellen Bericht über die in Bulgarien angeblich verübten Megeleien und andern Gewaltacten gelesen, aber die Redactionen im Innern fänden es unmöglich, die Berichte ihrer Correspondenten im Auslande zu verificiren, und die Berichte, die er selber empfangen, stimmten mit den Angaben, auf welche der edle Herzog hingewiesen, nicht im Mindesten überein. Die Abwesenheit irgend einer amtlichen Bestätigung veranlaßte ihn zu argwohnen, daß die in Rede stehenden Darlegungen sehr übertrieben worden seien. Es sei wohl bekannt, daß Tocqueville und Vaschi-Vozulz zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung in Bulgarien verwendet worden seien. Ihren Majestät Regierung hätte Berichte über das übeln Verhalten dieser irregulären Truppen erhalten, und auf Grund von Berichten, welche dieserhalb Sir Henry Elliott, der britische Botschafter in Konstantinopel, der Porte gemacht, sei von der Verwendung cossackischer Truppen in Bulgarien sofort Abstand genommen worden. Ohne Zweifel seien einige Kreuze verblüht, Dörfer niedergebrannt und Gefangene niedergemacht worden, aber die Berichte, welche die Regierung empfangen, erwähnen keiner der in der „Daily News“ berichteten Gräueltaten. Er hoffe, daß Haus werde mit seinem Urtheile zurückhalten und nicht zu häufig den veröffentlichten Berichten Glauben schenken. Er erinnere sich lebhaft ähnlicher sensationeller Geschichten, die während des Aufstandes in Creta Tag für Tag in der Presse aufgetischt wurden und die sich später als gänzlich unbegründet erwiesen. Er werde indeß Erduldungen über den Gegenstand einziehen und deren Ergebnis dem Hause mittheilen.

Der Earl De La Warr erkundigte sich hierauf beim Minister für auswärtige Angelegenheiten, ob die Berichte betrifft der türkischen Standes der Angelegenheiten in Serbien irgend welche Bestätigung gefunden hätten. Lord Derby erwiderte: „Die Frage ist eine, deren Beantwortung nicht ganz leicht ist. Ohne Zweifel ist der Stand der Angelegenheiten in Serbien in gewissem Sinne kritisches, da ich glaube, wir alle wissen, daß militärische Vorbereitungen in diesem Lande stattfinden, daß die Miliz und die Reserven einberufen sind, kurz, daß jede Vorkehrung getroffen worden ist, die für den unverzüglichen Beginn eines Feldzuges notwendig sein würde, aber wenn mein edler Freund zu wissen wünscht, ob es die Absicht der serbischen Regierung ist, den Krieg zu erklären oder nicht, so ist dies eine Frage, deren Beantwortung außer meiner Macht liegt. Es steht denjenigen, welche diese Vorbereitungen treffen, natürlich frei zu sagen, und die sich später als gänzlich unbegründet erwiesen. Er werde indeß Erduldungen über den Gegenstand einzehen und deren Ergebnis dem Hause mittheilen.“

Sodann lenkte Lord Stratford und Campbell die Aufmerksamkeit des Hauses auf die bereits vorgelegten Schriften über den Aufstand in den türkischen Provinzen und beantragte die Vorlegung von Auszügen aus irgend einem jüngsten Schriftenwechsel, der zwischen der britischen Regierung und der deutschen Regierung über dieses Thema gepflogen worden. Er fügte hinzu, daß nach seinem Ernehmen die Wirkung irgend einiger wohlgegerter Beschlüsse des britischen Parlaments von großem Gewicht in Belgrad, Budapest, Konstantinopel, Wien oder Petersburg sein würde. Hätte das Parlament im Jahre 1853 seine Meinung ausgetragen, so dürfte der Krieg mit Russland leicht vermieden werden sein. Nach einigen Bemerkungen von Lord Hamond und Lord Napier & Ettrick erhob sich der Earl von Derby zu folgender Erwidlung: „Ich glaube, es war keine Entschuldigung für die Anregung dieser Diskussion über den allgemeinen Stand der orientalischen Angelegenheiten. Ohne Zweifel erregen sie großes Interesse nicht allein in England, sondern in der ganzen Welt. Ich bin verpflichtet, die Wichtigkeit des Gegenstandes einzuräumen und anzuerken, daß die edlen Lords, welche gesprochen haben, die Angelegenheit mit beträchtlicher Rücksicht und Zurückhaltung behandelt haben und ich würde äußerst unabhängig sein, wenn ich irgend welchen Einwand gegen ihr Vorgehen erhöhe, weil meine Meinungen freudlicher Natur sind. Mein edler Freund berichtet drei Punkte. In erster Reise wies er auf den Aufstand in der Herzegowina hin, und sprach von ihm, als sei derselbe von außerhalb des türkischen Reiches geleitet worden. Das ist eine Sache, über welche ich von ihm nicht differieren



